

Brasilien Aktuell 2020

**Mulheres em Luta -
semeando resistencia**



**Frauen im Kampf -
sie säen Widerstand**

Der Arbeitskreis im letzten Jahr / Internationaler Jugendaustausch / Werke von Mercedes und BASF in Brasilien / Gemeinsamer Kampf gegen die Regierung / Zusammenarbeit in Lateinamerika / Brumadinho / Lieferkettengesetz / Vertrag mit Mercosur / Streik der Petroleiros / Gewerkschaftstag / Trostloser Arbeitsmarkt / Angriff auf Landlosenbewegung MST / Frauentag / Lula in Europa / Widerstand der BrasilianerInnen in Deutschland / In den Zeiten der Corona-Katastrophe / Karneval in Rio / Indigene / Amazonas

Redaktionsschluss: Mitte April

**Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim**

Arbeitskreis im letzten Jahr

Seit über 35 Jahren ist der Arbeitskreis „Solidarität mit Brasilianischen Gewerkschaften“ in Mannheim/Ludwigshafen tätig. Die etwa 10 Mitglieder (ehemalige und aktuelle MitarbeiterInnen bei Mercedes Benz in Mannheim und Wörth sowie bei der BASF in Ludwigshafen, an Brasilien Interessierte, auch BrasilianerInnen die in D leben) versammeln sich etwa alle 4 bis 6 Wochen in der Wohnung eines der Mitglieder. Dabei tauschen sie sich über die Entwicklung in Brasilien aus und beschließen gemeinsame Aktivitäten.

Veranstaltungen

-- Ende Mai 2019 sprach **Flavio Benites**, gebürtiger Brasilianer und Mitarbeiter der IGMetall in Wolfsburg, über die aktuellen Kämpfe der Gewerkschaften. Er stellte vor allem die unerschütterliche Bereitschaft der arbeitenden Bevölkerung dar, sich gegen die nachteiligen Maßnahmen der neuen Regierung unter Bolsonaro zur Wehr zu setzen.

-- Im Juni legte **Luana** von der Landlosenbewegung MST die Verfolgung der Bewegung durch die reaktionäre Regierung dar. „Ein Volk im Kampf kennt keine Müdigkeit“ war ihre Botschaft. „Wir werden weiter kämpfen, dass diese Regierung verschwindet.“

-- Im Februar 2020 sprach **Antonio Andrioli**, Professor und Agrarsoziologe aus Südbrasilien, zum Thema Agrobusiness und die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes. Die Veranstaltung wurde in Heidelberg durchgeführt und war in Zusammenarbeit mit dem Heidelberger Brasilienkreis organisiert. Es kamen über 50 Interessierte, viele junge Leute.



-- Am 3. Juni 2020 wird Valter Sanchez, Generalsekretär von IndustriAll, über seine Tätigkeit berichten. Diese Organisation, mit Sitz in Genf, vereint auf Weltniveau die Gewerkschaftsverbände der Metall-, Chemie- und Textilindustrie.

Besuche aus Brasilien

Im Zusammenhang mit ihrer Teilnahme an der Versammlung des Weltkomitees der Beschäftigten bei

Mercedes Benz besuchten Maicon und Wellington von der Metallgewerkschaft im ABC u.a. das Werk in Wörth. Mitglieder des AK konnten sie dort kurz treffen. Die Beiden übergaben ein Buch von Lula, von ihm persönlich unterzeichnet.

Seminare der IGMetall und Rundbriefe

TeilnehmerInnen des AK wurden erneut zu Seminaren der IGMetall eingeladen, um über die internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit zu berichten. Die Zahl der interessierten Besucher dieser Seminare, denen wir alle 6 – 8 Wochen einen Rundbrief zuschicken, ist inzwischen auf über 200 angestiegen.

Koordinationstreffen beim IGMetall – Vorstand

Auf Anregung des AK versammelten sich im Juni knapp 30 GewerkschafterInnen aus mehrere Städten Deutschlands in Frankfurt zu einem intensiven Austausch über ihre Zusammenarbeit mit brasilianischen Gewerkschaften. Das soll fortgesetzt werden.

Solidaritätsbriefe der IGMetall und des AK

Auf dem Gewerkschaftskongress der IGMetall im Oktober wurde ein Antrag verabschiedet, der den brasilianischen KollegInnen bei ihren Kämpfen die Unterstützung der IGMetall zusichert. Der AK schickte zu mehreren Anlässen Solidaritätsbriefe, vor allem zum Kampf gegen die Rentenreform.

Teilnahme an anderen Aktivitäten

Mitglieder des AK unterstützten wie immer aktiv die Arbeit anderer Organisationen und nahmen an Aktionen teil, z.B. beim „Runden Tisch“ von Kobra (Koordination Brasilien), im „Eine Weltforum“ Mannheim und beim Kongress der IGMetall.

Anmerkung: die einzelnen Artikel der Broschüre wurden verfasst von MitarbeiterInnen und von brasilianischen FreundInnen des Arbeitskreises.



Gefördert durch Engagement Global mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der Arbeitskreis: Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften als Herausgeber ist allein für den Inhalt verantwortlich. Die dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Engagement Global GmbH und des BMZ wieder.

Kontaktadressen: Angela HIDDING, Langstr.11 -13, 68169 MANNHEIM Tel 0621 35 973; E-Mail: HiStaMa@t-online.de
Fritz HOFMANN, Sedanstr. 22, 67063 LUDWIGSHAFEN 0621 69 98 61, email: F.Hofmann-Lu@t-online.de

Im Rahmen der ‚IPM‘(Internationales Projektmanagement)-Ausbildungsreihe, die seit 2012 in der IG Metall durchgeführt wird, waren Ende Mai 2019 wieder junge Kolleg*innen aus Betrieben verschiedener Bezirke in Brasilien. Üblicherweise findet das Treffen in São Paulo statt; diesmalig war die Veranstaltung nach Curitiba verlegt. Der wichtigste Grund: Lula, der beliebte Ex-Präsident war im dortigen Gefängnis der Bundespolizei in Haft; aufgrund eines politisch motivierten Prozesses. Unser Anliegen war das eindrucksvolle Aktivistencamp zu besuchen und an dortigen Demonstrationen und Diskussionen teilzunehmen. Wie geplant fand das am 29.05.19 statt und war eine sehr eindrückliche und berührende Erfahrung.

Während des zweiten einwöchigen Austauschtreffens der Internationalen Begegnung trafen sich die etwa 30 Jugendlichen wieder. Sie kannten sich vom Vorjahrestreffen (siehe Brasilien Aktuell 2019). Nun lag der Focus auf der besonderen Situation und den Bedingungen der Arbeitenden und Armen, als auch sozial Ausgegrenzten in Brasilien. Wir hörten Vorträge und erlebten Diskussionen mit vielen sozialen Gruppen. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Debatten um partnerschaftliche und häusliche Gewalt. Hier entsetzen die Häufigkeit und die verheerende Politik unter Präsident Bolsonaro.

Ein Besuch eines Betriebs, zweier Gewerkschaftshäuser und der Wirtschaftskammer rundeten den Blick auf Brasilien ab. Das hat unseren Teilnehmenden einen tiefen Einblick in die besonders prekäre Situation Brasiliens gegeben. Die Lage im Lande ist sehr besorgniserregend.



Die Internationale Jugend-Delegation im Lula-Livre Aktionscamp in Curitiba

Ein besonderer Tag war die Vorstellung aller Teilnehmenden mit ihren eigenen Projekten. Diese werden in den jetzigen Monaten ihre Realisierung erfahren. Jeder Jugendliche wird eine gewerkschaftsstärkende Aktivität umsetzen und so die gewerkschaftlichen Strukturen in vielen Ländern Lateinamerikas und Deutschland weiterentwickeln und eine eigene positive Erfahrung machen.

Der Abschluss war für Juni 2020 geplant. Die weltweite Situation (Covid-19) erfordert Umdenken. Erstens werden wir mit Videokonferenzen häufiger in Kontakt gehen, zweitens das Anslusstreffen für Anfang 2021 planen und drittens einen weiteren Ausbildungsgang mit noch mehr virtuellen aber auch realen Austauschtreffen für 2021 bis 2023 realisieren. Jugend ist die Zukunft in gewerkschaftlichen Weiterentwicklungen.

Gewerkschaften und Soziale Bewegungen in Corona Zeiten

Die Metall-Gewerkschaft im ABC kämpfte gleich zu Beginn der Coronakrise für die Schließung der Produktionsbetriebe. Manche weigerten sich, schließlich gelang die Schließung der meisten Fabriken. Die ArbeiterInnen konnten zu Hause bleiben, erhielten weiter ihren Lohn entweder durch Abbau von Überstunden oder durch kollektiven Urlaub, zunächst für zwei Wochen, dann jedoch bei Mercedes bis zum 4. Mai. Was danach kommt, wird weiter diskutiert.

Dachverbände der Gewerkschaften konnten landesweit eine Nothilfe von 600 bis 1200 Reais für die informellen Arbeiter (Arbeit ohne Karte) und die individuellen Kleinbetriebe durchsetzen. Nationalkongress und Senat stimmten schnell zu, der Präsident unterschrieb erst nach einigen Tagen. Auch die Auszahlung verzögert sich, soll aber im April erfolgen.

Die beiden Zusammenschlüsse „Brasilianische Volksfront“ und „Volk ohne Angst“ haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, ein 60 Punkte – Programm erforderlicher wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen, u.a. eine Sondersteuer für die Reichen des Landes; das ergibt 50 Milliarden Euro für Lohnfortzahlung und Ausbau des Gesundheitswesens.

Am 7. April, dem Welt-Gesundheits-Tag, erklangen erneut in den Abendstunden vieler Städte die Kochtöpfe. **Aplauso na janela** (Beifall aus dem Fenster) nennt man diese Form des Protests, zu dem u. a. auch die CUT aufgerufen hatte als Dank für die im Gesundheitswesen Schaffenden und als Protest gegen die Regierung, die das allgemein anerkannte Gesundheitswesen SUS privatisieren will.

Siehe zum Thema auch die Artikel auf den Seiten 4, 5 und 16

Entwicklung in den Mercedes – Betrieben in Brasilien

Im Werk Sao Bernardo Zukunftssicherung

Am 25. Oktober 2019 informierte die CSE (ungefähr Betriebsrat) in einer Versammlung vor der Fabrik über eine Vereinbarung mit dem Unternehmen, die mehr als 500 Arbeitsplätze bewahrt und ab 2020 Möglichkeiten für neue Plätze schafft. Das Abkommen garantiert auch Investitionen in Technologien und neue Produkte, dadurch dass das Werk in São Bernardo ein globaler HUB für klassische OM460/457 und BR900 Motoren wird. Dies war möglich dank des Einsatzes der Kolleginnen und Kollegen, die während der Verhandlungen auf Versammlungen in den Bereichen und an Kundgebungen der Gewerkschaft teilgenommen haben. Die Leistung der Mitglieder des CSE bei Mercedes Benz Brasil (MBB) und der Verhandlungskommission der Gewerkschaft waren ebenfalls von grundlegender Bedeutung. Die Vereinbarung stärkt den Standort, die Kaufkraft und die Zuversicht hier in unserer Region. Auf der Versammlung genehmigten die Kolleginnen und Kollegen die Weiterführung der Vereinbarung zum Lohnrahmenvertrag für Angestellte. Die Vereinbarung garantiert die Beibehaltung der flexiblen Pausen und Gehzeiten, ohne die Zeit erfassen zu müssen, um riesige Warteschlangen beim Essen zu vermeiden, und lange Staus bei der Heimfahrt.

Laut Werksleiter Schiemer wird Mercedes in Brasilien in 2020 wieder Gewinne machen. Mithilfe der Investitionen in den Jahren 2014 und 2019 ist das Werk für 2020 gut aufgestellt und gut beschäftigt. Man rechnet mit einer Zunahme von 18 % auf dem LKW-Markt. Es wurden Produktionsbereiche eingerichtet, um neue Produkte zu fertigen und vor allem soll in diesem Jahre mit der Produktion eines neuen LKW begonnen werden. Es handelt sich dabei um den Neuen Actros. Dadurch entstanden neue Arbeitsplätze. Sie wurden genutzt, um die Kollegen aus anderen inzwischen stillgelegten und ausgelagerten Abteilungen (Presswerk, Achsenfertigung) zu übernehmen.

Auch wurden bereits im Januar 100 Kollegen aus der Fabrik in Juiz de Fora nach Sao Bernardo versetzt, im Februar folgten weitere 100. Diese Aktion wurde mit dem Einverständnis der Gewerkschaften beider Orte durchgeführt.

Diese Kollegen ziehen entweder mit Ihren Familien ganz um, oder sie reisen am Wochenende hin und her. Die Firma unterstützt sie 4 Monate lang mit einem Mietzuschuss.

Neuwahlen CSE am 17.3. wählte die Belegschaft ihre gewerkschaftlichen Verantwortlichen.



Gemüseanbau in der Fabrik.

Gleich neben der Kantine wurde im Dezember eine sogenannte Urban Farm („Be Green = Stadtgarten“) eröffnet ohne jegliche Diskussion mit Belegschaft und Betriebsrat. Das nach Bio Methoden angebaute Gemüse wird in der eigenen Kantine verbraucht, aber die Kollegen können auch in dem angeschlossenen Laden davon kaufen. Findet keinen großen Anklang bei den KollegInnen.

Werk Juiz de Fora

Im Laufe des Jahres wird die Produktion des Actros nach Sao Bernardo verlegt. In Juiz de Fora bleiben die Herstellung von Kabinen und die entsprechende Lackierung. Die Gewerkschaft beklagt sich darüber, dass die Werkleitung sie nicht als Verhandlungspartner anerkennt.

Werk Campinas

Hier arbeiten 1050 KollegInnen, 640 mit Festverträgen, 410 von Fremdfirmen mit niedrigeren Löhnen und weniger Rechten. Der Arbeitsrhythmus hat sich erhöht. Dadurch gibt es mehr Unfälle. Solche Arbeiter werden vermehrt entlassen. Im letzten Jahr hat ein Gericht die Werkleitung gezwungen, 20 von ihnen wieder einzustellen und sie bis zur Verrentung zu beschäftigen. 2019 wurde eine Betriebsvereinbarung erkämpft, die bis Ende 2020 gelten wird.

Corona Krise

Die weltweite Krise macht natürlich auch nicht vor Brasilien und der dortigen Wirtschaft halt. Vieles von dem, was für 2020 vorgesehen war, wird so auf keinen Fall erreicht werden. Sämtliche 4 Werke von Mercedes Benz im Lande machten ab dem 30. März zu bis zum 4. 5. kollektiven Urlaub. Lohn und sonstige Zuschüsse gehen weiter. Auf Drängen der Gewerkschaft gab es zudem ab dem 23.3. ein paar Tage frei mit Abtragen des Freizeitkontos. Inzwischen hat sich die Firmenleitung dazu entschlossen, in Sao Bernardo medizinische Mittel wie Beatmungsgeräte zu entwickeln und mit den Mitteln aus der Autobranche zu produzieren. Die fertigen Produkte und auch andere Mittel wie Handschuhe, Schutzbrillen u.a. werden den Krankenhäusern in der Nähe übergeben. Ebenfalls werden zwei Sprinter den Gemeinden für den Krankentransport zur Verfügung gestellt. Für die Produktion der Beatmungsgeräte hatten die Chefs Arbeiter aus dem Urlaub einbestellt. CSE und Gewerkschaft sorgten dafür, dass nur Freiwillige zu dieser Arbeit reingeholt werden.

Daimler Wörth - Brasilien

Ein Jahr im Austausch: Menschen, Gewerkschaften, Belegschaften, Werke

Es fand ein Austausch über Aktionen der Gewerkschaften an den jeweiligen Standorten statt.

Themen waren: Zukunftssicherung, Transformation, Betriebsmittel, tarifliche Sonderzahlungen, Ta-

rifvertrag T-Zug, Verlagerung von Arbeitsvolumen, Politik. Unser Ziel der Zusammenarbeit ist: Eine Konkurrenz zwischen Werken zu verhindern. Die Solidarität der Belegschaften zu erhalten. Ein Verständnis der politischen Lage in den jeweiligen anderen Ländern zu erzielen.

Neuigkeiten von BASF Brasilien

Erfolg bei Arbeitszeit

Ende des Jahres 2019 konnte bei BASF Demarchi eine neue Arbeitszeitregelung für den Schichtbetrieb vereinbart werden. Die Arbeitszeit wird auf 39 Wochenstunden reduziert. Alle drei Schichten nahmen die neue Regelung einstimmig an.

Regelung für Kurzarbeit

Auch in Brasilien breitet sich das Coronavirus rasend schnell aus. Und die Wirtschaft bricht ein. Als erste Fabrik der Farbenindustrie wurde bei BASF

Demarchi in Sao Bernardo eine Kurzarbeitsregelung ausgehandelt. Eine Regelung, die auch dem gesundheitlichen Schutz der Beschäftigten dienen soll. Die Fabrik wird ab dem 27.3. 2020 für 41 Tage weitgehend stillgelegt. Die Beschäftigten bleiben zuhause. Sie erhalten dafür 30 Urlaubstage abgezogen. Arbeitsvertrag, Lohn und alle Zusatzleistungen laufen unvermindert weiter.

Quelle: Sindicato dos Quimicos do ABC 24.03.2020

BASF/Shell – wie weiter mit den Entschädigungszahlungen?

Wie bereits mehrfach berichtet, erfüllen die Firmen BASF und Shell einen Entschädigungsvertrag aufgrund der Vergiftungen von Menschen und Umwelt in und um das ehemalige Chemiewerk in Paulínia.

Dieser Vertrag sieht vor, dass die dort Beschäftigten und ihre Familienangehörigen eine lebenslange kostenlose medizinische Versorgung erhalten. Ferner haben sie eine individuelle Entschädigung erhalten. Die „kollektive Entschädigung“ im Sinne von Leistungen an die Gesellschaft ist noch in Abwicklung.

Neue Schikane der Regierung

Ein neuer Regierungserlass (MP 905) droht jetzt, dieses erfolgreiche Modell zu beenden. Der Erlass sieht vor, dass solche Zahlungen und andere (Straf-)Zahlungen nicht mehr den direkt betroffenen Regionen zugutekommen. Solche Zahlungen müssen nämlich in Zukunft in den Bundeshaushalt eingezahlt werden. Verantwortliche aus dem „Ministerio Publico de Trabalho“ und Anwälte kritisieren diese Neuregelung und versuchen, das geplante Gesetz noch zu ändern. Anwältin Juliana Bracks z.B. sagt: „Seriöse Leute des MPT machen da eine gute Arbeit, die den betroffenen Regionen hilft und das Geld geht nicht in irgendeinem Fonds des Bundes verloren“.

Gerade letzteres ist jetzt zu befürchten.

Für die kollektive Entschädigung stellen die Firmen insgesamt 200 Mio. Real zur Verfügung. Unter Aufsicht des „Ministerio Publico de Trabalho“ wurde von diesem Geld bislang finanziert:

- 19,3 Mio. Real für den Bau eines Forschungszentrums für Krebs im Kindesalter beim Hospital Boldrini in Campinas (SP)
- Für vier mobile Einheiten der Krebsdiagnose, z.B. Mammografie
- Für die Krebsklinik in Barretos (SP) 69,9 Mio. Real
- Für ein Hospitalschiff auf dem Amazonas im Bundesstaat Pará.



Ambulanzschiff aus Entschädigungsfonds

Gemeinsamer Kampf gegen die Regierung

Wie schon im letzten Jahr begonnen, setzen die Gewerkschaftsdachverbände und die sozialen Bewegungen in diesem Jahr ihre gemeinsamen Aktionen gegen die Regierung Bolsonaro fort. Hier die wichtigsten:

3. Februar: vor dem Gebäude der FIESP (Arbeitgeberverband). An diesem Tag war der Präsident als Gast zum Mittagessen vom Arbeitgeberchef Skaf eingeladen. Zur „Begrüßung“ hatten sich bei strömendem Regen etwa 4 000 ArbeiterInnen vor dem Gebäude versammelt. Auch Studentinnen und Studenten hatten sich zu ihnen gesellt. Regierung und Arbeitgeberverbände sind nach Auffassung der Protestierenden dabei, das Land zu zerstören. Dagegen wehren sie sich gemeinsam.

14. Februar: Vor den Gebäuden der INSS (Sozialversicherung). INSS ist der Name für die Behörden der Nationalen Sozialversicherungen. Diese werden durch die Regierung in großem Stil vernachlässigt, finanziell und personell, „verschrottet“ sagen die Leute dort. Vor einigen Jahren waren dort über 40 000 Menschen beschäftigt, jetzt sind es unter 25 000, und das bei zunehmender Zahl von Antragsstellern. Das bedeutet, dass die verbleibenden Angestellten der anfallenden Arbeit nicht nachkommen können. Es handelt sich dabei um Anträge für Bolsa Familia (allgemeine Unterstützung bei Armut), Mutterschaftsgeld, für Rente, für Behindertenunterstützung, für Krankengeld. Sie alle müssen lange auf die Leistungen warten. Obwohl die Anträge eingereicht und bereits geprüft sind. Neue Anträge werden einfach nicht angenommen. „Es sind die Opfer der Regierung Bolsonaro“ sagt Tereza Campello, die ehemalige Sozialministerin unter Dilma Rouseff.

Zurzeit stehen über 2 Millionen Menschen in langen Schlangen vor den Gebäuden und warten auf die Bearbeitung ihrer Sozialanträge, u. a. 100 000 Frauen, die ihr Mutterschaftsgeld beantragt haben und oft monatelang auf das Geld warten. In vielen Städten des ganzen Landes versammelten sich am 14. Februar Tausende von GewerkschafterInnen, Mitgliedern aus Sozialen Bewegungen, aber auch MitarbeiterInnen dieser Behörden, um gegen die Regierung zu protestieren. (Quelle: Rede Brasil Atual 13.2. 2020 und Sindiquim ABC 14.2.2020)

8. März Internationaler Frauentag In Brasilien gingen in über 70 Städten wie São Paulo oder Rio de Janeiro Frauen auf die Straße. Die Kritik richtete sich dabei auch gegen die Politik der Regierung Bolsonaro. Das vielfach vertretene Motto der Proteste lautete: „Wir verteidigen das Leben, wir marschieren, um zu verwandeln“ Tausende von Mitgliedern der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen schlossen sich den Märschen an.

3 500 Frauen von der Landlosenbewegung MST hatten sich in der Hauptstadt Brasilia zu einem mehrtägigen Treffen eingefunden und marschierten am 8. März durch die Straßen der Hauptstadt.



Widerstand trägt den Namen Frau

14. März - 2 Jahre Mord an Marielle Seit dem Mord ist der 14. März in Rio de Janeiro offizieller Tag des Genozid an Schwarzen Frauen. Jedes Jahr werden in Brasilien zehntausende Schwarze Menschen ermordet, die Zahl wächst jährlich. Weil Rassismus in Brasilien, der ehemaligen Kolonie Portugals, tief verwurzelt ist. Aber auch, weil der Hass wächst. Und weil die weißen politischen Eliten das zulassen. Die schleppenden Ermittlungen im Fall Marielle Franco zeigen das.

18. März Nationaler Kampftag Das Corona-Virus machte dem großen geplanten Nationalen Kampftag einen gewaltigen Strich durch die Rechnung. Wegen der Ansteckungsgefahr wurden alle großen Aufmärsche und Veranstaltungen nicht durchgeführt. Aber trotz allem wurde in vielen Städten am Abend mit Kochtöpfen stundenlang Protestlärm gemacht gegen die Politik der Regierung vor allem gegen die Reduzierung der Finanzen im Unterrichtswesen und gegen Verschlechterungen im Arbeitsgesetz, z. B. die MP 905 (siehe dazu Artikel Seite 12). Und im Erziehungsbereich gab es die vereinbarten Streiks. Am Abend führten in 300 Städten des Landes die Menschen aus ihren Häusern heraus lautes Töpfeschlagen durch und riefen „Fora Bolsonaro“ (Bolsonaro raus). Diese Aktionen haben sich auch in den Tagen danach fortgesetzt.

1. Mai Alle öffentlichen Kundgebungen fallen voraussichtlich aus. Der Protest wird sicher in alternativen Formen durchgeführt.

Die vielen Aktivitäten werden hoffentlich ihre Wirkung haben!

Brasilien: Internationale Solidarität trotz oder gerade wegen des Rechtsrucks

Andreas Behn - Leiter Regionalbüro Lateinamerika in São Paulo, Brasilien

Internationale Zusammenarbeit und Solidarität war und ist für den größten brasilianischen Gewerkschaftsverband CUT (Central Única dos Trabalhadores) ein wichtiges Thema. Vor allem in der lateinamerikanischen Region, aber auch auf anderen Kontinenten gab es seit langem enge Kontakte auf gewerkschaftlicher Ebene, die zu gemeinsamen Strategien und Aktivitäten führten.

Seit der Absetzung von Präsidentin Dilma Rousseff im Jahr 2016 und noch mehr nach dem Amtsantritt des rechtsradikalen Präsidenten Jair Bolsonaro Anfang 2019 hat sich die Lage in Brasilien allerdings grundlegend verändert. Gewerkschaften gelten jetzt als Feinde der Wirtschaft, ein Großteil ihrer Finanzquellen wurde ausgetrocknet und die Rückschritte im Arbeitsrecht haben die Lage der Arbeitenden und damit auch ihrer Vertretungen erheblich verschlechtert. Auch die CUT hat nur wenig Freiraum und Kraft, internationale Allianzen zu schmieden.

Maicon Vasconcelos da Silva, Sekretär für internationale Beziehungen der Nationalen Föderation der Metallarbeiter in der CUT (CNM/CUT), erinnert sich lebhaft an die bewegten Zeiten vor dem Rechtsruck in Lateinamerika: Bei Treffen des von Linksregierungen initiierten Staatenbunds Unasur oder des Wirtschaftsblocks Mercosur gab es große Foren, auf denen Gewerkschafter und AktivistInnen sozialer Bewegungen ihr grenzübergreifendes Vorgehen absprachen und gemeinsam Druck für bessere Arbeitsbedingungen in vielen Ländern ausüben konnten. Vor allem Organisationen der stärker industrialisierten Staaten wie Brasilien, Argentinien oder Mexiko versuchten, den schwächeren Gewerkschaften in Ländern wie Ecuador oder Peru unter die Arme zu greifen“, erinnert sich Maicon.

Trotz aller Schwierigkeiten werden die bestehenden Netzwerke aufrechterhalten, auch wenn es nicht mehr genug Mittel gibt, auf internationaler Ebene zusammenzukommen. Maicon zählt einige Beispiele aus seinem Arbeitsalltag auf: Mit mexikanischen Metallgewerkschaften führt die CNM Seminare durch mit dem Ziel, die Vertretungsstruktur zu verbreitern und einen Dachverband zu gründen. Unter dem Dach des Weltverbands IndustriALL werden Fortbildungen angeboten. Mit KollegInnen aus Argentinien und Mexiko wird im Rahmen der Klimadebatte über saubere Energieformen und einen gerechten Übergang hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem debattiert.

Darüber hinaus unterhalten die brasilianischen MetallarbeiterInnen über 20 gewerkschaftliche Netzwerke in transnationalen Firmen, unter anderem bei Mercedes Benz, Volkswagen und Thyssen Krupp. Ziel des Austausches untereinander ist, den Widerstand gegen den Roll Back im Bereich der Arbeitsrechte zu stärken

und gemeinsame Aktionen zu planen. „Sehr wichtig waren in diesem Kontext auch die Solidaritätsbekundungen von der IG Metall, die sich angesichts der Rückschritte in der Arbeitsgesetzgebung Brasiliens für mehr sozialen Dialog ausspricht“, betont Maicon.



Austausch zwischen kolumbianischen Studenten und Gewerkschaften im ABC

Für **Jordania Ureña**, zuständig für Gewerkschaftspolitik bei der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation CSA mit Sitz in Uruguay, stellt sich die Situation der Gewerkschaften im größten Land Lateinamerikas noch dramatischer dar: „Eigentlich brauchen die Aktivsten in Brasilien jetzt alle Solidarität von außen“, sagt sie mit Blick auf die Anfeindung von Oppositionellen unter der Regierung Bolsonaro.. Sie stammt aus der Dominikanischen Republik und weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es Gewerkschaften haben, wenn demokratische Spielregeln unterlaufen werden. Positiv sei aber, dass die sonst oft zersplitterten Gewerkschaften und zerstrittenen sozialen Bewegungen angesichts des Drucks von Oben mehr auf Zusammenarbeit und Einigkeit setzen.

„Einigkeit ist in der heutigen Zeit das Wichtigste“, weiß Jordania, und führt als Beispiel das jüngste Treffen der kontinentweiten Kampagne gegen Neoliberalismus im November **in Kuba** an. Dort habe es einen Schulterschluss zwischen Umweltgruppen, Landlosen, urbanen Bewegungen, feministischen Gruppen und zahlreichen Gewerkschaften – darunter die CSA – gegeben. Jordania: „Konsens war, sich gemeinsam gegen Angriffe auf die Demokratie zur Wehr zu setzen und sich für gerechtes Wirtschaften einzusetzen.“ Im September, wenn die CSA-RepräsentantInnen zu ihrem nächsten Kongress **in Panama** zusammenkommen werden, wird die Debatte fortgeführt und – so hofft Jordania – zu neuen konkreten Beschlüssen in der internationalen Gewerkschaftsarbeit führen.

Auch Maicon Vasconcelos da Silva setzt auf eine Verbreiterung der Gewerkschaftsbewegung. Dem Metallarbeiter ist es wichtig, sich in Zukunft nicht in erster Linie nach Sektoren zu organisieren, sondern sektorübergreifend und eben international.“

Brumadinho: Proteste ein Jahr nach der Katastrophe

Am 25. Januar 2019 brach ein Damm an einem Bergwerk der Firma Vale in Brumadinho (Minas Gerais). 272 Menschen konnten nur noch tot aus dem Schlamm herausgezogen werden. Elf Menschen werden noch heute vermisst. Die Region ist heute eine Schlammwüste, die Gewässer sind mit Schwermetallen vergiftet. Nach dem Dammbruch in Mariana drei Jahre zuvor und nur 120 km entfernt mit 19 Toten ist Brumadinho die zweite Katastrophe im Bergbau des Bundesstaats.



Gerichtsverfahren laufen nicht nur gegen die Firma Vale, den größten Eisenerzproduzenten der Welt. Verfahren laufen auch gegen den TÜV Süd. Der hatte nämlich vier Monate vorher dem Damm die Freigabe erteilt. Weitere lukrative Aufträge von Vale winkten nämlich. Bewohnerinnen von Brumadinho haben auch in München Klage gegen den TÜV Süd eingereicht. Die Einreichung der Klage verbanden sie mit einer Protestaktion in München. Sie werden von Misereor und ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights) unterstützt. Sie haben am 27. November auch einen Besuch beim Vorstand der IGMetall in Frankfurt gemacht. Dort wurde ihnen Unterstützung zugesagt.

Anlässlich des Jahrestages fand in der Region eine mehrtägige Protest- und Trauerveranstaltung statt.

Betroffene des Unglücks und Aktive von MAB (Bewegung von Staudämmen Betroffener) trafen sich zu Kundgebungen und einem Protestmarsch. Symbolisch wurden Gleise besetzt, die das von Vale geförderte Eisenerz transportieren. Auf Transparenten hieß es: „Vale tötet“. Überlebende fordern ihnen zustehende Hilfen und Entschädigungen. Bis heute ist keines der versprochenen neuen Häuser übergeben.

Rund 770 ähnlich gebaute Dämme gibt es in Brasilien. Davon sind 55 derzeit ohne gültige Zertifizierung. Geht es nach Brasiliens Regierung, soll der Bergbau weiter ausgebaut werden. Auch in die Amazonasregion hinein.

Ermittlungen aufgenommen

Im Februar 2020 gibt die Staatsanwaltschaft München I bekannt, dass sie aufgrund der genannten Anzeige Ermittlungen aufgenommen hat. Untersuchungen sollen auch vor Ort in Brasilien geführt werden. Die Staatsanwaltschaft geht dem Verdacht nach, der in München ansässige TÜV Süd habe schwere Schuld auf sich geladen: dessen brasilianische Filiale hatte den Staudamm 2018 als sicher zertifiziert. Gegen einen deutschen Ingenieur des TÜV wird nun wegen fahrlässiger Tötung und Bestechung ermittelt. Gegen einen anderen Manager läuft ein Verfahren, das den Konzern viel Geld kosten könnte.

In Minas Gerais hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen schon abgeschlossen und Anklage erhoben gegen Ingenieure und Manager von Vale und von TÜV Süd wegen Tötungs- und Umweltdelikten.

Überschwemmungen und Giftschlämme

Riesige Regenmengen gingen im Januar 2020 im Bundesstaat Minas Gerais nieder. Der Fluss Paraopeba stieg um 8 Meter, Hunderte Anwohner mussten ihre Häuser räumen. Zehntausende von Menschen waren es im Becken des Rio Doce, im Ganzen wurden 53 000 Menschen evakuiert.

Beim Bruch des Dammes in Brumadinho am 25. Januar 2019 flossen enorme Mengen schwermetallhaltiger Schlämme aus dem Rückhaltebecken in den Rio Paraopeba. Weder der Bergbaukonzern Vale noch sonst jemand hat bislang den Versuch unternommen, diese Giftschlämme zu beseitigen. Der Giftschlamm wird jetzt von den Wassermassen immer weiter transportiert. Tiefergelegene Stauseen halten ihn nicht mehr zurück. Denn dort mussten Sperrtore geöffnet werden, weil Überflutungen drohten.



MAB (die Bewegung der von Staudämmen Betroffenen) fordert, dass Vale, als Eigner des gebrochenen Dammes in Brumadinho, endlich Notstandsmaßnahmen ergreift: Trinkwasser liefert, die Gemeinden evakuiert, Entschädigungen zahlt.

Trinkwasserbrunnen und das Grundwasser der Region sind von Giften bedroht. Der Bevölkerung der gesamten Region droht Gefahr.

Damit nicht alle Dämme brechen, braucht es endlich einen gesetzlichen Rahmen.

Nach dem **verheerenden Dambruch im Süden Brasiliens** hat eine Gruppe von Familienangehörigen der Opfer mit Unterstützung von Misereor und ECCHR (europäische Menschenrechtsgruppe) eine Strafanzeige gegen TÜV-Süd und eine Ordnungswidrigkeits-Anzeige gegen das Unternehmen selbst gestellt.

Ein Lieferkettengesetz ist notwendig

Die Autoindustrie und andere metallverarbeitende Betriebe in Deutschland haben eine Mitverantwortung für die Beachtung der Menschenrechte bei Zulieferbetrieben im Ausland. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftsweise von Bergbaubetreibern in Lateinamerika. Die deutschen Unternehmen beziehen mehr als die Hälfte ihres importierten Eisenerzes aus Brasilien – mit großer Wahrscheinlichkeit auch aus der aktuell von dem Dambruch betroffenen Mine. Der Fall zeigt abermals die dringende Notwendigkeit gesetzlicher menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflichten für Unternehmen auch in Deutschland. Deshalb fordert eine breite Initiative von der Bundesregierung ein Lieferkettengesetz. Dies ist ein Zusammenschuss



Sammlung von Unterschriften in Mannheim

von ca. 94 Gruppen und Organisationen aus Kirchen, Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften mit einem gemeinsamen Ziel: „Wir treten ein für eine Welt, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – auch im Ausland. Freiwillig kommen Unternehmen ihrer Verantwortung nicht ausreichend nach. Daher fordern wir ein Lieferkettengesetz! Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. Skrupellose Geschäftspraktiken dürfen sich nicht länger lohnen. Ein deutsches Lieferkettengesetz hätte die Katastrophe in Brasilien verhindern können.“

Wer die Petition unterschreiben möchte, findet hier die Adresse: <https://lieferkettengesetz.de>

Nein zum EU - Vertrag mit MERCOSUR

Im Juni 2019 wurde nach 20 jähriger Verhandlung ganz schnell ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Argentinien, Paraguay, Uruguay und Brasilien abgeschlossen. So wird die größte Freihandelszone weltweit geschaffen. Das EU-Parlament und die EU-Mitgliedsländer müssen dem Abkommen noch zustimmen. Es berücksichtigt nur Wirtschaftsinteressen und interessiert sich nicht für die ökologisch-sozialen Verwerfungen, die es hervorrufen wird. Das Abkommen soll Unternehmen in der EU jährlich vier Milliarden Euro an Zöllen ersparen und die Exporte ankurbeln.

Die negativen Folgen des Vertrages:
er erhöht die soziale Ungleichheit beim Einkommen; es fördert lange Transportwege und Abholzung; Mercosur produziert und exportiert meistens Rohstoffe und Agrartreibstoffe; Produktion von Nahrungsmitteln in den eigenen Ländern wird reduziert; negative Folgen für

Umwelt und Gesundheit; Monokulturen nutzen Chemikalien, die in Europa verboten sind und von dort importiert werden, aber nach Europa in dem Produkt wieder zurückkehren werden; EU importiert Umweltzerstörung und exportiert Menschenrechtsverletzungen.

Es gibt viele Gegner. Einige europäische Länder wie Österreich haben schon wissen lassen, dass sie den Vertrag nicht unterzeichnen werden. Ökologische Bewegungen in Europa und auch in Lateinamerika lehnen die einseitige Reduzierung auf wirtschaftliche Interessen ab. Europäische Bauernverbände sind ebenfalls dagegen. Sie fürchten sich vor den Absatzmöglichkeiten, wenn Lebensmittel aus Lateinamerika die hiesigen Märkte überschwemmen. Die Gewerkschaften im Mercosur befürchten Abbau der Industrie und Verlust von Arbeitsplätzen, wenn Autos und Maschinen aus Europa zu günstigen Bedingungen importiert werden. Sie lehnen deshalb den Vertrag in dieser Form ab.

Historischer Streik der Ölarbeiter gegen Petrobras

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und steigender politischer Repression geht die Anzahl von Streiks in Brasilien zurück. Umso bemerkenswerter: 20 Tage lang streikten im Februar 2020 bundesweit 21000 Ölarbeiter an 212 Standorten. Am Ende musste der Ölkonzern einlenken und Verhandlungen aufnehmen. Der Streik wurde ausgesetzt.



Unterstützung für den Streik der Ölarbeiter

Begonnen hatte alles, als 144 Beschäftigte des Düngemittelwerks Nitrogenados do Paraná (Fafen-PR) ungesetzlich fristlos entlassen wurden. FUP, ein Zusammenschluss von Ölarbeiter-Gewerkschaften, reagierte mit einem brasilienweiten Streikaufruf. 64% der Beschäftigten folgten, 56

Ölbohrplattformen, elf Raffinerien, 23 Treibstoff-Terminals und zahlreiche andere Standorte standen still. Das Arbeitsgericht drohte mit einer Strafe von 100 000 Euro.

Am 18. Februar demonstrierten 15 000 Menschen in Rio ihre Solidarität mit den Ölarbeitern. Die illegalen Entlassungen waren der Auslöser des größten Streiks seit Jahren. Aber die Ölarbeiter kämpfen noch gegen viel mehr: sie kämpfen gegen die Regierung Bolsonaro und deren Pläne, den staatlichen Ölkonzern Petrobras zu zerschlagen und zu privatisieren.

Am 4. März wird dann bekannt: die Beschäftigten von Fafen sehen sich gezwungen, den angebotenen Sozialplan zu akzeptieren. Auf einer Gewerkschaftsversammlung stimmen sie zu, mit Tränen in den Augen. Die Fabrik wird geschlossen, die Entschädigung ist nicht üppig: gesetzlich vorgeschriebene Abfindung, Weitergeltung des Gesundheitsplans für 24 Monate (ärztliche, zahnärztliche und Medikamenten-Beihilfe). Und qualifizierte Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz. Wenn man lediglich diese Entschädigung betrachtet, muss der Streik als verloren gewertet werden.

Quellen: <https://amerika21.de> 24.02.2020; Carta Capital 04.03.2020

Zahl der Armen steigt

Wer in Brasilien weniger als 145 Real monatlich verdient (ca. 31 Euro) gilt statistisch als extrem arm. Heute gibt es 13,5 Mio. Menschen, die in dieser extremen Armut leben, sagt das IGBE, das offizielle Statistik-Institut. Und die Zahl steigt seit 2015, dem Beginn der Wirtschaftskrise.

Warum steigt diese Zahl? Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch. Die Zahl informeller, prekärer Arbeitsverhältnisse steigt. Soziale Programme werden eingefroren oder gestrichen. Die Sozialhil-

fe „Bolsa Familia“ wird nicht an die Inflation angepasst, die Mittel dafür wurden zusammengestrichen.

Schwerpunkte der Armut sind die Bundesstaaten des Nordens und Nordostens, insbesondere dort der schwarze Bevölkerungsteil. 11% der Kinder dort brechen die Schule vorzeitig ab, um etwas Geld zu verdienen. Präsident Bolsonaro bestreitet allerdings einfach, dass es in Brasilien wieder Hunger gibt.

Sklavenhalter-Mentalität

Als im Februar 2020 der brasilianische Real weiter an Wert verlor und der Dollar einen neuen Rekord von 4,35 Real erreichte, nahm Wirtschaftsminister Guedes dazu Stellung: Der Wechsel von ehemals 1,80 Real zu heute sei kein Problem. Wir werden eben weniger importieren, wir werden die Importe ersetzen, wir werden Tourismus haben. Damals – beim Hochstand des Real – reiste ganz Brasilien nach Disneyland (USA). Sogar die Hausangestellten reisten nach Disneyland, ein perverses Fest. So Guedes.

Creusa Maria Oliveira, Vorsitzende der Gewerkschaft der Hausangestellten in Bahia, antwortete ihm: Wenn damals Hausangestellte nach Disneyland gereist sind, dann um die Kinder ihrer Herrschaften zu betreuen. Aber mich überraschen solche Reden nicht, das sind die Vorurteile und Diskriminierungen, mit denen diese Regierung Hausangestellte und öffentliche Angestellte behandelt. **Das ist Sklavenhalter-Mentalität!**

Gewerkschaftstag der IG Metall

Solidarität mit den brasilianischen Gewerkschaften

Beschlossen während des 24. Ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall

Die Bilder brennender Wälder im Amazonas-Gebiet haben uns den ganzen Sommer über entsetzt. Sie sind sichtbare Zeichen der umweltverachtenden Politik der aktuellen brasilianischen Regierung unter Präsident Jair Bolsonaro.

Weniger bekannt in der Öffentlichkeit ist die politische Repression der Gewerkschaften, aber auch von Frauen, Minderheiten und sozialen Bewegungen. Wirtschaftlich gesehen setzt Bolsonaro die aggressive neoliberale Agenda seines Amtsvorgängers Michael Temer fort: Entmachtung und finanzielles Ausbluten der Gewerkschaften, eine arbeitnehmerfeindliche Rentenreform sowie die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Bildung und Gesundheit für die nächsten 20 Jahre.

Viele Unternehmen – auch deutsche Unternehmen in Brasilien – begrüßen den gewerkschaftsfeindlichen Kurs der Regierung und nehmen die negativen Folgen für Umwelt und Gesellschaft in Kauf.

Brasilien's früherer Präsident und unser Gewerkschaftskollege Luiz Inácio Lula da Silva wurde im Vorfeld der letzten Präsidentschaftswahlen in Oktober 2018 in einem Scheinprozess der Korruption

angeklagt und verurteilt. Seitdem sitzt er in Haft. Nach Ansicht internationaler Jurist*innen wurde Lula da Silva Opfer eines politischen Verfahrens, das auch darauf zielte, die Opposition in Brasilien generell zu schwächen.

Wir als IG Metall zeigen uns mit den brasilianischen Gewerkschaften solidarisch und unterstützen sie, indem wir

- uns dafür einsetzen, den politischen Druck auf die brasilianische Regierung zu erhöhen, damit diese ihre umweltschädliche und menschenverachtende Politik unterlässt,
- unsere brasilianischen Gewerkschaftspartner in den Unternehmen als Sozialpartner stärken: durch gezielte Einladungen bei EBR- bzw. WKBR-Treffen, gezielte Nachfragen an die Geschäftsleitungen über die Lage in den brasilianischen Standorten, sowie Informationen über die dortige Situation auf Veranstaltungen und Versammlungen,
- den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch intensivieren,
- uns an der weltweiten Kampagne zur Befreiung Lulas (#LulaLivre) zu beteiligen.



TeilnehmerInnen aus verschiedenen Städten und Betrieben koordinieren ihre Solidarität mit den brasilianischen KollegInnen



Beim Gewerkschaftstag nutzten die beiden Delegierten der Geschäftsstelle Neustadt und Kollegen vom Mercedes Benz LKW Werk in Wörth, links Frank Hauck und rechts Ramon Kaduk, die Möglichkeit eines kurzen Austausches mit Maicon, dem Sekretär für Internationales bei der CUT und ehemaligen Kollegen des Mercedes LKW Werkes in Sao Bernardo, Brasilien. Austausch auf der Ebene von KollegInnen ist die emotionalste und direkteste Möglichkeit, Solidarität zu erleben und zu fördern.

Treffen der Koordination bei der IG Metall

Am 5. Juni 2019 fand in Frankfurt ein erstes Treffen dieser Koordination bei der IGMetall statt. Die 28 TeilnehmerInnen aus vielen Regionen Deutschlands sind alle in der Solidaritätsarbeit mit brasilianischen Gewerkschaften engagiert. Neben dem Austausch über die aktuelle Situation in Brasilien wurde vor allem darüber diskutiert, was wir zur Unterstützung tun können. Dabei wurden folgende Themen bearbeitet: Intensivierung des Austauschs über Industrie 4.0, welche finanzielle Unterstützung können wir leisten? Wie können wir mehr Informationen über Brasilien in der Organisation der IGMetall verbreiten? Wir sollten Besucher aus Brasilien zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Versammlungen einladen. Die TeilnehmerInnen wollen sich künftig gegenseitig über ihre Aktivitäten informieren. Zudem wurde eine Solidaritätserklärung zum großen Generalstreik in Brasilien am 14. Juni verfasst und verschickt. Ein nächstes Treffen war für den 16. April 2020 geplant. Dies muß wegen dem Corona-Virus verschoben werden.

Eine katastrophale Sozialbilanz

Wirtschaftskrise, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit: die neoliberale, unsoziale Politik zeigt ihre Folgen in Brasilien Siehe auch Artikel auf Seite 10,

Arbeitsmarkt: trostlos

Mit Fanfaren hat die Regierung Bolsonaro das Entstehen von 640 000 neuen Arbeitsplätzen im formellen Sektor (das heißt: angemeldet und mit Ausweis) im Jahre 2019 verkündet. Als „spektakulär“ wurde das bezeichnet. Nicht erwähnt wurde dabei, dass unter den Regierungen Dilma und Lula in manchen Jahren das Doppelte und Dreifache an neuen Arbeitsplätzen entstand.

Das Statistische Institut IGBE weist tatsächlich für 2019 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in 16 von 27 Bundesstaaten aus. Aber im Gesamtzeitraum von 2014 bis 2019 war die Arbeitslosigkeit geradezu explodiert – nämlich um 87,7% bundesweit gestiegen! In Rio zum Beispiel um 159%, in São Paulo um 94,7%. Im Jahr 2019 gab es geschätzte 12,575 Millionen Arbeitslose.



Viele Menschen leben auf der Straße

Das Statistische Institut zeigt auf, dass es zwar im Jahr 2019 1,8 Mio. mehr Beschäftigte gab – aber, dass davon etwa 1 Million Menschen lediglich im informellen Sektor Arbeit gefunden haben. Wenn

MP 905 Grün Rote Arbeitsverträge

Dieser neue „vorläufige Präsidialerlass“ wurde unter dem Titel herausgebracht, Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen. Im Grunde ist es eine neue Reform des Arbeitsgesetzes, die die Unternehmer belohnt und die Arbeiter bestraft. Sie setzt das alte Arbeitsgesetz außer Kraft und trifft alle.

1. Die Verträge werden ohne die Garantien des Arbeitsgesetzes und ohne Tarifvertrag abgeschlossen. 2. Die verpflichtende Einzahlung von 8 % in Spezialkasse FGTS wird auf 2 % gesenkt, Also erhält der Arbeiter bei einer Entlassung weniger Geld. Zudem bezahlt der Arbeitgeber in einem solchen Fall nur 20% statt bisher 40% als Zuschuss zum Lohn im Falle einer fristlosen Kündigung. Und viele andere Dinge mehr. 2. Für alle Arbeiter gilt: die Sicherheitszulage wird

auf dem Arbeitsmarkt etwas kräftig wächst, so ist es die informelle Arbeit.

Was ist informelle Arbeit?

Zum Sektor der informellen Arbeit gehören heute 24,2 Mio. Menschen, die „auf eigene Rechnung“ arbeiten, also Selbstständige und Scheinselbstständige. Dazu gehören auch die Straßenhändler oder die Motorradfahrer, die Essen ausfahren, oder andere prekäre Existenzformen.

Hinzu kommen 11,6 Mio. Beschäftigte im Privatsektor ohne Anmeldung (auf Deutsch Schwarzarbeit) plus 4,4 Mio. Hausangestellte, 2,4 Mio. nicht Angemeldete im Öffentlichen Sektor. So erreichen diese informellen Arbeitsverhältnisse 41,1% aller Beschäftigungsverhältnisse in Brasilien!

Keine Perspektiven

Eine wesentliche Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit ist das Zurückfahren öffentlicher Investitionen unter den Regierungen Temer und Bolsonaro. Während z.B. unter früheren Regierungen 16 Mrd. Real für das Wohnungsprogramm „Minha casa – minha vida“ bereitgestellt wurden, sind es heute noch 3 Mrd. Real.

Und wenn gleichzeitig Sozialprogramme gekürzt werden, geht damit auch die Nachfrage weiter zurück. Die Verschuldung privater Haushalte nimmt enorm zu. Not und Elend wachsen.

von 30 auf 5 % gesenkt. Die Unfälle auf dem Wege zur Arbeit sind keine Arbeitsunfälle mehr. Arbeit am Sonntag ohne Zuschlag. Höhere Besteuerung des Arbeitslosengeldes. Die Unternehmer können bis zu 20% der Festangestellten entlassen und sie durch Grüne – Rote ersetzen.



Im März kam noch die **Verordnung MP927** dazu: Unternehmer dürfen wegen Corona die Arbeiter für 4 Monate entlassen, ja entlassen!! Durch vielfältigen Druck, auch durch die Gewerkschaften, ist es gelungen, dass die MP zurückgezogen wurde.

Bolsonaro greift die Agrarreform und die bäuerliche Landwirtschaft an

Bolsonaro nutzte den Vorabend des brasilianischen Karnevals zu dem seit Jahrzehnten größten Angriff auf die Agrarreform und die bäuerliche Landwirtschaft. Sein Ziel: die Bewegung der Landlosen MST (Movimento dos Sem Terra) auszuhungern und zu zerstören. Denn MST ist eine eminent wichtige oppositionelle Sozialbewegung und politischer Gegner Bolsonaros. Und sie ist auch politischer Gegner der großindustriellen Agrarwirtschaft.

Mit dem Dekret Nr. 20.252 wird die INCRA ausgetrocknet, das nationale Institut der Agrarreform. Die beiden wichtigsten Programme von INCRA werden zum Erliegen kommen:

Das Programm „Terra Sol“, das Bauern beim Erstellen von Geschäftsplänen hilft und sie qualifiziert und unterstützt, wenn sie mit ihren Produkten auf den Markt wollen. 147 000 Familien wurde damit schon geholfen.

Das Programm Pronera: ein Ausbildungsprogramm für Jugendliche und Erwachsene aus Ansiedlungen der Agrarreform, zum Beispiel Ansiedlungen der MST. Ein Programm, das mit Grundschulkursen beginnt und bis zur qualifizierten Berufsausbildung und der Vorbereitung für öffentliche Universitäten geht und meist von MST organisiert wird.

Rund 9000 Schüler erreichten dort bislang schon einen mittleren Abschluss, Landwirte, Veterinäre, Lehrer und Anwälte gingen daraus schon hervor. Dort werden nicht Terroristen ausgebildet, wie Bolsonaro gerne meint, sondern Menschen aus der und für die bäuerliche Landwirtschaft. Und die produziert eben nicht Soja für europäische Rinder, sondern 70% der Lebensmittel der brasilianischen Bevölkerung.

Quelle: Brasil de Fato, 27.02.2020

Nationales Treffen der Frauen aus der Landlosenbewegung MST

In Brasilien ist nicht nur der 8. März Internationaler Frauentag, sondern der ganze März ist Frauenmonat. Vor diesem Hintergrund organisierte die Landlosenbewegung MST vom 5. bis zum 9. März das erste nationale Frauentreffen der Bewegung in der Hauptstadt Brasilia. Unter dem Motto **„Mulheres em luta, semeando resistencia“** versammelten sich 5 Tage lang 3 500 Frauen aus 24 Staaten des Landes zu einem erstmaligen Austausch über die Erfahrungen in den vielen Lägern und Siedlungen (acampamentos und assentamentos). Es waren auch Vertreterinnen aus Partnerorganisationen in Brasilien und 30 Internationalisten aus 14 verschiedenen Ländern erschienen.

am 7. März mit der Teilnahme von wichtigen politischen Persönlichkeiten wie der Präsidentin der PT Gleisi Hofmann und der ehemaligen Staatspräsidentin Dilma Rousseff.

Zwischendurch **besetzten 300 Frauen das Landwirtschaftsministerium**, um gegen die verheerende Agrarpolitik der Regierung zu protestieren (siehe auch den Artikel oben auf dieser Seite). **Am 8. März** zogen alle 3 500 Frauen begleitet von weiteren Hunderten durch die Straßen der Hauptstadt. Lula schickte von Berlin aus ein Grußtelegramm. **Am 9. März** fanden dann im ganzen Land weitere Demonstrationen statt. Ungefähr 10 000 nahmen in mehr als 40 Städten des Landes daran teil.

Zum Abschluss wurde ein **Manifest** verabschiedet. Darin wurden die großen politischen Linien dargelegt. Harte Kritik an der extremrechten, ultraliberalen fundamentalistischen Politik der Regierung Bolsonaro. Diese wird als eine Kriegsmaschine der Reichen gegen die Armen bezeichnet, die die Natur zerstört und die soziale Ungleichheit fördert. Zugleich wird zu weiteren Kämpfen aufgerufen. Wir sind entschlossen, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die nicht tötet, sondern zu gegenseitigem Respekt anregt.



Frauen aus aller Welt im Widerstand

Es gab eine Vielzahl von kulturellen Darbietungen, Gesprächen in kleinen Gruppierungen, aber auch große politische Veranstaltungen. So z. B.

Frauen im Kampf. Sie säen Widerstand

Lula - Geschichte erleben

Am 26. November fand in São Bernardo vom Comitê LULA LIVRE bei Mercedes Benz Brasil (MBB) São Bernardo do Campo (SP) eine Veranstaltung statt, die die Beziehung der Geschichte des Kampfes der Arbeiter der MBB und des ABC widerspiegelt. Ehemalige und aktuelle Gewerkschaftsführer bei MBB, Parlamentarier, Führer der Arbeiterpartei in SBC, Universitätsvertreter, die Kommission der Metalljugend des ABC, die Nichte (Andrea) des ehemaligen Präsidenten LULA und ein aktiver Kämpfer (Ignatius), der in den 580 Tagen in der Vigília Lula Livre in Curitiba vor dem Gefängnis Lulas kämpfte, waren anwesend. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit dem Musiker und Kämpfer *FABRÍCIO RAMOS*, der neben seinen eigenen Kompositionen auch Lieder spielte, die den Kampf der Arbeiter kennzeichneten. Fabrício und *DJALMA BOM* sangen im Duett: "PRA NÃO

DIZER QUE NÃO FALEI DAS FLORES" von Geraldo Vandré.

Der ehemalige Kollege bei MBB und Direktor der Gewerkschaft *Moisés Selerges* organisierte das Treffen und eröffnete es, damit die Teilnehmer in der Fabrik die Historie des ehemaligen Präsidenten Lula hören konnten.

DJALMA BOM ist ein Arbeiter bei MBB, Gewerkschaftsführer neben Lula, Bundesabgeordneter und stellvertretender Bürgermeister von SBC. Er berichtete über die ersten Kampfperioden in der Fabrik und erzählte von Lulas Bedeutung bei der Führung und Organisation der Arbeiter. Danach sprach der ehemalige Arbeiter und Gewerkschaftsführer bei MBB, *TARCÍSIO SECOLI*, über die Erregenschaften, die von den Arbeitern zu der Zeit, als Lula ein Gewerkschaftsführer war, erkämpft wurden, und heute verteidigt werden müssen.

Lula auf Europareise

Im Februar war Lula in **Rom**. Er besuchte den Papst und hatte interessante Diskussionen mit ihm über die Ungleichheit in der Welt und besonders in Brasilien. Er nahm auch Kontakt mit der italienischen Gewerkschaft CGIL auf. Im März reiste er nach **Paris**. Hier wurde er in einer großen Feierstunde von Bürgermeisterin Hidalgo als Ehrenbürger der Stadt ausgezeichnet auf Grund seines unermüdlchen Einsatzes für die Menschen am unteren Rand der Gesellschaft. In **Genf** versammelte er sich mit Spitzenvertretern des Weltrates der Kirchen, der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) und der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Schließlich führte ihn der Weg nach **Berlin**. Er konnte mit Führungskräften der SPD und der LINKEN sprechen. Er nahm als Überraschungsgast an einer internationalen Konferenz am 9. März im Bildungshaus der IGMetall am Pichelsee teil. Hier hatten sich 100 GewerkschafterInnen aus ganz Europa versammelt. „Wie gelingt es, über Grenzen hinweg gewerkschaftliche Gegenmacht gegen die großen Konzerne aufzubauen?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt. Lula da Silva berichtete von dem reaktionären Roll-back, das Brasilien und andere Länder Südamerikas erfasst hat. Er berichtete über die Errungenschaften seiner Präsidentschaft und der seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff. Es gelang der Beweis, dass Wirtschaftswachstum und zunehmende Gleichheit zusammen möglich sind. Die „alten Eliten“ entfernten zunächst mit einem „institutionellen Putsch“ Dilma und dann mit einem politischen Schauprozess Lula als möglichen Präsidentschaftskandidaten.

Der 1. Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann betonte, dass sich Lula und die brasilianischen Gewerkschaften immer auf die Solidarität der IG Metall verlassen können.

Dies gelte für alle Ebenen der IG Metall, für die vielen Betriebsräte und Vertrauensleute und die Aktivistinnen, die sich unermüdlch für die Kolleg*innen in Brasilien einsetzen.



Große Begeisterung empfängt Lula

Höhepunkt war eine **öffentliche Veranstaltung** im Kongress-Saal in Kreuzberg. Etwa 700 Menschen hatten sich versammelt und bejubelten Lula lautstark den ganzen Abend. Unter ihnen viele in Deutschland lebende BrasilianerInnen, insgesamt sehr viele junge Menschen. Wie bei den anderen Treffen in Europa legte Lula in Berlin großen Wert auf die Schilderung der aktuellen schwierigen Situation in Brasilien. „Ich hätte nie gedacht, dass Brasilien den Rückschlag erleiden würde, den es jetzt erlebt“. Die Verursacher dieser Entwicklung wurden deutlich benannt und kritisiert: Bolsonaro und seine Regierung. Diese sind dabei, die Demokratie im Lande zu zerstören. Neben der Besorgnis um die Zukunft sieht er aber auch viele Dinge, die zuversichtlich machen. Wörtlich: „Ich denke immer noch, dass das brasilianische Volk viel für die Demokratie kämpfen wird“.

Auch drei Mitglieder des Arbeitskreises waren dabei.

DER BRASILIANISCHE WIDERSTAND IN DEUTSCHLAND!

„Niemand lässt die Hand von niemandem los“

von Namir Martins

Ein aktiver und engagierter Widerstand bestand schon lange vor der Wahl des rechtsextremen Bolsonaro. Im Laufe der Zeit sind die Aktionen der in Deutschland lebenden Brasilianer immer intensiver, größer geworden. Es ist wichtig zu bekräftigen, dass das Ziel unseres Widerstands der Kampf für die Demokratie in Brasilien ist. Außerdem wollen die Widerstandsgruppen die deutsche Bevölkerung über die politische Lage des Landes sensibilisieren und informieren. Einige Widerstandsaktionen waren:

Die **FIBRA** (Internationale Front gegen den Staatsstreich und für die Demokratie) veröffentlichte am Tag der Amtseinführung Bolsonaros ein Manifest, in dem sie die Achtung der demokratischen Rechtsstaatlichkeit bekräftigt und die Funktion des kritischen Beobachters der Regierung Bolsonaros übernahm.

Am **Weltfrauentag** nahmen die Brasilianer/-innen an der Demonstration vor dem Rathaus in Hamburg teil. Dort hatten die brasilianischen Aktivisten die Gelegenheit, auf der Bühne über die Lage Brasiliens zu reden und Gerechtigkeit in den Fällen Marielle/Anderson und Lula zu fordern.

Am **Jahrestag von Lulas Gefängnisarrest**, dem **07.04.**, gab es Demonstrationen in mehreren Städten, welche die Freilassung Lulas forderten. Auf dem Römer in **Frankfurt** riefen die Demonstranten: "Niemand lässt Lulas Hand los!"



In **Hamburg** zeigte der Widerstand Wege auf, um den Autoritarismus in Brasilien einzudämmen. An diesem Treffen nahm Juliano Medeiros, Parteivorsitzender der PSOL teil. Der Kampf geht weiter! **Wir waren, sind und werden immer Widerstand sein!**



Am **Tag der Arbeit** zeigte der brasilianische Widerstand in Hamburg, Köln, Berlin, München und **Mannheim** seine Solidarität. Darüber hinaus zeigten sie in Frankfurt ihre Unterstützung und Solidarität u.a. mit den Schülern, Studenten und Lehrern bei der zweiten großen Demonstration zur Verteidigung der Bildung in Brasilien, die am 30. Mai stattfand, der sogenannten **30M**. Diese Aktion, ebenfalls gegen die Rentenreform, wurde auch als Bildungstsunami bekannt!



Vom **16.08. bis 18.08.** fand das **Treffen der FIBRA**, welches von der Rosa Luxemburg-Stiftung unterstützt wurde, in **Berlin** statt. Brasilianische Aktivisten aus ganz Europa und viele Gäste versuchten, Strategien zu entwickeln, um die rechtsextreme Politik der Regierung Bolsonaros zu bekämpfen. Ein besonders schöner Gruß kam aus Brasilien von Lula zu den Militanten in Berlin!



Die **Abholzung des Waldes** und die von Grundbesitzern verursachten Brände waren Gründe für große Demonstrationen in Hamburg, **Kassel** und Frankfurt.



In Brasilien sind Demokratie und Meinungsfreiheit bedroht – ein Appell

Über 2000 Künstler, Kulturschaffende, Journalisten etc. unterzeichneten im Januar 2020 einen Appell und bitten die internationale Gemeinschaft um Unterstützung. Darunter Chico Buarque, Caetano Veloso, Sebastiao Salgado, Arnaldo Antunes, Petra Costa und viele andere.

In diesem Appell heißt es: „Brasilien demokratische Institutionen werden angegriffen. Unterstützt von ihren Verbündeten von Rechtsaußen hat die Verwaltung unter Jair Bolsonaro seit der Amtsübernahme systematisch die kulturellen, wissenschaftlichen und erzieherischen Institutionen des Landes angegriffen, ebenso die Presse“.

Zahlreiche Beispiele werden für diese Aussage angeführt...

Im Namen einer „nationalen Kultur“ werden Institutionen angegriffen, die Brasiliens multikulturelles

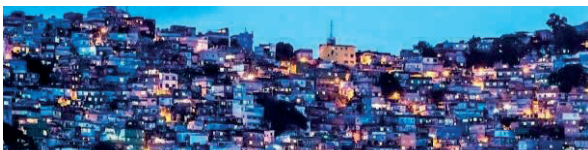
Erbe verteidigen, Mittel werden gestrichen, Zensur wird ausgeübt.

Ethnische Minderheiten werden verächtlich gemacht, die LGBTQ-Community sowieso. Eine globale Erwärmung wird geleugnet, Umweltschützer werden verfolgt und diffamiert. Indigene Gemeinschaften, die die Umwelt und ihr kulturelles Erbe bewahren, werden nicht respektiert. Sie werden bedroht und verfolgt. Vor diesem Hintergrund appellieren die Unterzeichner an die internationale Gemeinschaft:

- drückt eure öffentliche Solidarität aus
 - verurteilt die Angriffe der Bolsonaro-Regierung gegen künstlerische und kulturelle Organisationen
 - setzt Brasilien unter Druck, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu respektieren, insbesondere Meinungs-, Gedanken- und Religionsfreiheit.
- Quelle: *The Guardian*, 7.02.2020

Brasilien in der Corona-Katastrophe

Rios erste Corona-Tote ist die Hausangestellte Cleonice Gonçalves, 63 Jahre alt. Die Woche über arbeitete sie in der Familie ihrer Arbeitgeberin, schlief in der kleinen Kammer. Am Wochenende fuhr sie mit dem überfüllten Bus nach Hause ins Armenviertel. Angesteckt wurde sie von ihrer Chefin, die den Karneval in Italien verbracht hatte. Danach ließ sie sich auf Corona testen, informierte ihre Hausangestellte nicht einmal darüber. Cleonice bekam Schmerzen, erkrankte. Aber nicht einmal im Krankenhaus bemerkte jemand, dass sie am Corona-Virus erkrankt ist. Sie starb. Ein deutlicheres, tragischeres Schlaglicht könnte man kaum auf die brasilianische Klassengesellschaft werfen.



Der Tod geht in der Favela um

In der Favela Rocinha, als Beispiel, drängen sich 50 000 Menschen auf einem Quadratkilometer. Müll türmt sich, Abwasser fließt zwischen den Hütten. Sechs, sieben Menschen teilen sich einen Raum. Sauberes Wasser aus dem Hahn ist ein Glücksfall. Hier können die Mindestregeln zum Schutz vor dem Virus nicht eingehalten werden, kein Abstand, keine Hygiene. Das Virus nistet sich ein, die Katastrophe ist im Gange.

Ähnlich bedroht sind die indigenen Völker. Bereits die bekannten Infektionskrankheiten können für sie zur Gefahr werden. Wieviel mehr ein neues Virus.

Verbrecher Bolsonaro

Der Rechtsextremist und Psychopath Bolsonaro hat Corona geleugnet, verniedlicht. Er fiel den Gouverneuren, die Schutzmaßnahmen verfügten, in den Rücken. Kritisierte Schulschließungen. „Brasilien darf nicht stehen bleiben“ wurde propagiert. Damit nicht genug. Bolsonaro nahm dem Gesundheitssystem 1,5 Mrd. Euro weg. Für dasselbe Geld werden vier Kriegsschiffe gekauft. 11000 kubanische Ärzte und Helfer schickte man nach Kuba zurück. Sie hatten oft die Gesundheitsversorgung auf dem Land aufrechterhalten. Jeder einzelne würde heute gebraucht. Bolsonaro ist ein politischer Verbrecher.

Verbrechen Neoliberalismus

Schuld ist nicht ein Einzelner. Schuld an der unkontrollierbaren Ausbreitung des Virus ist Brasiliens herrschende Klasse und deren neoliberale Agenten, die Mitte- und Rechtsparteien. Schon vor Bolsonaro, unter der Regierung Temer, beschloss man, die Ausgaben für Gesundheit und Erziehung für 20 Jahre zu deckeln. Das Wohnungsbauprogramm und die Sozialhilfe Bolsa Familia wurden gekürzt. Die reiche Elite hat ja ihre eigenen privaten Krankenhäuser und Schulen. Die hatte sie schon immer.

Gerade heute ist nichts lebenswichtiger als ein gut ausgestattetes öffentliches Gesundheitssystem.

Krieg den Hütten

Die Staatsgewalt in Brasilien bekämpft die Armen in den Favelas. Tausende sterben jährlich durch Polizeikugeln

Tagtäglich sterben in Brasilien Menschen durch Polizeigewalt. Die meisten Opfer sind schwarz, männlich und arm. Sie sterben anonym. Nur die spektakulären Fälle werden von den Medien aufgegriffen.

Die staatlich geförderte Mordmaschine hat nach dem Sturz der PT-Regierung weiter Fahrt aufgenommen. Laut Washington Post tötete die Polizei 2018 in den USA 992 Menschen. Im selben Zeitraum erschoss die Staatsgewalt allein in Rio de Janeiro (!!) 1 534 Personen. Davon sind 99,3% der Getöteten männlich, 75,4% sind schwarz, 77,9% sind im Alter von 15 bis 29 Jahren.

Silvia Ramos, Leiterin des Netzwerks zur Observation der öffentlichen Sicherheit, sagte in einem Interview: „In den Favelas wachen Sie morgens vom Lärm eines Hubschraubers auf, der über Ihr Haus fliegt, oft wird aus ihm geschossen, es gibt Operationen mit gepanzerten Fahrzeugen, Polizisten, die sich verhalten, als wären sie im Krieg,

alles geht in Deckung. Kinder dürfen nicht zur Schule gehen, und wenn sie bereits in der Schule sind, haben sie Notfallpläne, sich hinzuhocken, auf den Flur oder in geschützte Klassenzimmer zu gehen. Dieses Klima steht im Gegensatz zur Ruhe, die in den wohlhabenden Stadtvierteln herrscht, in denen die Polizei nie solche Operationen durchführt und nicht wie in den Slums herumschießt.“

Eine parlamentarische Untersuchungskommission (CPI) des Bundesstaats stellt fest: „Diese CPI übernimmt hiermit den Ausdruck ‚Genozid an der schwarzen Bevölkerung‘, da er die gegenwärtige Realität in unserem Land in Bezug auf die Ermordung junger Schwarzer am besten beschreibt. Brasilien kann einen so perversen und schmachvollen Alltag nicht erdulden...“. Das war im Jahre 2016.

Quelle: Lutz Taufer in www.junge-welt.de/artikel/372133.gewalt-in-brasilien-krieg-den-huetten.html

Und im Februar gibt es Karneval!

Die Geschichte des Karnevals begann in der Kolonialzeit. Das erste Auftauchen einer Karnevalsparty in dieser Zeit war der Entrudo, ein beliebtes Spiel portugiesischer Herkunft. Das Spiel bestand darin, Passanten auf der Straße oder private Partygäste mit schmutzigem Wasser oder Urin nass zu machen.

Obwohl der Entrudo bei der einfachen Bevölkerung sehr beliebt war, gefiel dieses Spiel einem Teil der brasilianischen Elite nicht. Sie organisierte Karnevalsbälle in Clubs und Theatern.

Die arme Schicht der Bevölkerung begann sich zu organisieren, um die Tradition der Straßenfeste wiederzubeleben. Dann traten die ersten organisierten Straßenblöcke auf. Mit diesen Blöcken erschienen die Marchinhas de Carnaval (Karnevalslieder) mit satirischen und politischen Themen im 20. Jh.

Auch der Samba entstand am Anfang des 20. Jhs. Sein Stil wurde von der afrikanischen Kultur beeinflusst. Von da an wurde der Karneval das größte Volksfest Brasiliens. Politische Themen waren schon immer Teil des Karnevals. Sowohl die "Marchinhas (Straßenlieder) als auch die großen Sambaschulen brachten politische und soziale Kritik in ihren Texten.

In diesem Jahr hätte es nicht anders sein können. Wie erwartet, war Präsident Bolsonaro das Haupt-

thema des Karnevals. Zwei Marchinhas waren die Hits in diesem Jahr und wurden im ganzen Land gesungen. Die Brasilianer sangen "Mama, ich irre mich nicht, der Bolsonaro gehört zur Miliz" Sambaschulen in Rio de Janeiro wurden wegen der Themen, die sie für den Karneval gewählt hatten, diskriminiert und verfolgt. Der Ex-Präsident Lula war auch ein Karnevalsthema.



Die Straßenblöcke sangen "Olê Olê Olê Olá Lula" und schrien "Lula frei". Die Fassaden der Häuser waren mit „Lula livre“ und politischen Wörtern geschmückt. Masken und Luftballons mit dem Gesicht des Ex-Präsidenten und große Puppen aus Pappmaché zeigen, wie Lula von den Menschen immer noch respektiert und geliebt wird. Der Karneval in Brasilien ist mehr denn je ein Akt des Widerstands!

Indigenen droht Auslöschung

Ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt treibt Bolsonaro die Erschließung indigener Territorien voran

„Die Botschaft der Regierung war klar. Er wird keinerlei Politik zugunsten traditioneller Völker und Gemeinschaften unterstützen. Die Politik der Regierung begünstigt das Kapital, das Agro-Business und die Bergbau-Unternehmen“ sagt Paulo Moreira von der nationalen Koordination der CPT (Landpastorale). In den indigenen Schutzgebieten sollen Landwirtschaft und Bergbau möglich werden. Die große Zahl der Brände im August und September 2019 steht damit in direktem Zusammenhang.



Bolsonaro hebt Schutz der Indigenen auf - Protest

Die Indigenenbehörde FUNAI wurde durch Mittelkürzungen geschwächt. Und ohne die Kontrollen durch FUNAI nimmt die Zahl der Morde an Indigenen durch Handlanger von Grundbesitzern, Holzhändlern und illegalen Eindringlingen rasch weiter zu. Allein 2018 waren 135 Todesopfer zu beklagen. Von Januar bis September 2019 waren nach Angaben des CIMI (Indianermissionsrat) bereits mehr als 150 Gebiete von Übergriffen betroffen.

Bolsonaro hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die indigenen Gebiete Brasiliens zur Ausbeutung frei gibt. Unternehmen sollen in den Reservaten künftig Bodenschätze wie Gold, Erdgas und Öl fördern dürfen. Auch der Bau von Kraftwerken soll möglich werden. Die Indigenen, denen diese Gebiete gehören, müssten zwar gefragt werden, sie hätten aber kein Veto-Recht, um die wirtschaftliche Nutzung zu verhindern. Nur der brasilianische Kongress könnte so einen Gesetzesentwurf noch ablehnen – und er ist dominiert von Kräften, die von einer Zustimmung profitieren.

Geradezu zynisch ist eine Entscheidung des Justizministeriums: der evangelikale Pastor und Missionar Ricardo Lopes Dias wird sich in Zukunft in der FUNAI um die isoliert lebenden indigenen Gemeinschaften kümmern. Eine verheerende Entscheidung. Schon allein, weil ein forcierter Kontakt mit den isoliert lebenden Indigenen den Tod vieler durch Krankheiten bedeuten würde.

In einem Dorf im Bundesstaat Mato Grosso trafen sich im Januar für vier Tage 600 Kaziken (indigene Anführer) und weitere Vertreter von 45 verschiedenen Ethnien, um Positionen der Indigenenbewegung zu beraten. Es war das bisher größte Treffen dieser Art. In einem Manifest wenden sie sich energisch gegen Bolsonaros Politik, die darauf abzielt, ihnen ihr Land zu entreißen. „Wir sind gegen alles, was unsere Wälder und Flüsse zerstört“. In einem Appell, der sich auch an die internationale Öffentlichkeit richtet, wird die Regierung des „Genozids, Ethnozids und Ökozids“ angeklagt.

Quellen: TAZ, 8.2.2020, und:

www.jungewelt.de/artikel/371590.brasilien-indigenen-droht-ausloschung.html

Yanomami-Führer Davi Kopenawa ruft auf

„Ich rufe Europa auf, uns anzuhören und zu helfen. Der weiße Mann kommt in mein Haus und zerstört es, dazu hat er kein Recht. Er begeht einen Fehler. Der weiße Mann missachtet die Natur, nur wir achten sie.“
„Was heute passiert, ist, dass die Regierung dort den Tod der Indigenen anordnet, sie wollen uns Indigenen schlimme Dinge antun. Deswegen bitte ich euch, mit der Regierung zu reden und Druck auszuüben, damit sie die Indigenen in Ruhe auf ihrem Land leben lassen. Ohne Konflikt und ohne Indigene zu töten. Darum wollte ich euch bitten. Ich will in Frieden leben, ohne Kampf, ohne sich gegenseitig umzubringen. So will ich es. Ich will keine Kämpfe.“

Der Amazonas-Urwald wird zerstört

Man schätzt, dass 20% des Sauerstoffs, der uns auf der ganzen Welt zur Verfügung steht, von den Bäumen des Amazonas-Urwalds erzeugt wird. Die Luftfeuchtigkeit, die über dem Amazonas-Urwald entsteht („fliegende Flüsse“), ist für ganz Südamerika elementar wichtig. Sie versorgt das ganze Wassersystem des Subkontinents. Die aktuelle Bedrohung des Amazonas-Urwalds betrifft uns also alle.

Brände wie noch nie

2019 brannte es im Amazonas-Urwald wie noch nie. 89 000 Feuerherde wurden gezählt, 30% mehr als im Vorjahr. Nach internationalem Druck setzte Bolsonaro die Armee zur Brandbekämpfung ein. Doch im Dezember 2019 stieg die Anzahl der Brände wieder stark an, um 80% mehr als im Vorjahr. Sicher ist, dass die Mehrzahl dieser Brände von Menschen gemacht ist. Der Urwald soll bewusst zerstört werden, oder eine bereits abgeholzte Fläche soll „gesäubert“ werden zur Gewinnung von Weideland. Hinter der „Rinderfront“ rückt dann die „Sojafont“ vor. Und die gesamte Holzmafia, die Rinderzüchter und Sojabarone und ihre kriminellen Helfer rechnen mit Straffreiheit. Denn Bolsonaro ist ihr politischer Verbündeter.



Auch die Abholzung geht weiter

Unter den Regierungen Lula und Dilma war es gelungen, die Abholzung des Urwalds einzudämmen. Unter Bolsonaro ist sie stärker denn je. Schon allein, weil den kontrollierenden Behörden Mittel gestrichen wurden. Rund 1000 Quadratkilometer pro Monat wurden zwischen Juli und September 2019 abgeholzt.

Sogar im Januar 2020, normalerweise ein Regenmonat mit geringer Abholzung, wurden 280 Quadratkilometer abgeholzt, doppelt so viel wie im Vorjahr. Holzfäller und Landräuber werden immer aggressiver.

Nahe am Kipp-Punkt

Man schätzt, dass heute ca. 20% des ursprünglichen Amazonas-Urwalds zerstört ist. Und dass bei einer Zerstörung von 25% ein Kipp-Punkt erreicht ist: der Punkt, an dem sich der Amazonas-Urwald nicht mehr als Urwald regenerieren kann. Weil er nicht mehr genügend Feuchtigkeit hervorbringt. Immer größere Teile des Urwalds werden dann Savanne. Eine Katastrophe für Mensch und Tier, für die Landwirtschaft, für das regionale und das Weltklima.

Der kommende Feuersturm

„The gathering firestorm“ – der kommende Feuersturm ist der Titel einer neuen Studie eines Dutzend brasilianischer und US-amerikanischer Wissenschaftler, veröffentlicht in Science Advances. Sie kombinieren ihre Daten über den Amazonas mit den Daten des IPCC (Weltklimarates) der UNO.

Ihr Kernaussage: Die Klima-Erwärmung der Erde wird bis zum Jahr 2050 16% des brasilianischen Amazonien durch Feuer zerstören. Dabei werden 17 Milliarden Tonnen umweltschädliche Emissionen entstehen – das Zehnfache dessen, was die brasilianische Ökonomie jährlich emittiert.

Wohlgermerkt: diese Zahlen sind ohne die heutigen, von Menschen gemachten Brände und Abholzungen. Die heutigen Abholzungen eingerechnet müsste man von der Zerstörung von 22 Mio. Hektar ausgehen, der Größe Argentiniens.

Die Rechnung der Wissenschaftler stützt sich auf die Berechnung der Folgen einer weiteren Erderwärmung, die zu extrem trockenen Jahren führen wird wie bereits 2005, 2010, und 2015/2016.

Nur eine doppelte Strategie könnte den Amazonas retten: die heutigen Abholzungen stoppen und gleichzeitig die weltweiten Emissionen von Treibhausgasen reduzieren. Sonst droht der kommende Feuersturm.

Quelle: www.ihu.unisinos.br/595557
vom 14.1.2020

Internationale Solidarität bleibt wichtiger denn je!



Informationsstand am 1. Mai 2019
bei der Kundgebung
des DGB Mannheim



Begegnung mit Lula da Silva
am 10.03.20 in Berlin



Seminar der IGM Neustadt am
12. Dezember 2019 in Hertlingshausen



Besuch von den Brasilianern Maicon
und Wellington am 10. Juli 2019
beim Betriebsrat in Würth

Der Arbeitskreis bleibt dran!



Veranstaltung am 10.9.19 in
Mannheim mit Luana Carvalho Aguiar
von der Landlosenbewegung MST



„verbrennt den Kapitalismus, nicht
Amazonien“ mit einem durchge-
strichenen Bolsonaro -
Klima-Demo 20.9.19 in Mannheim